

21
75

Union in Deutschland

Bonn, den 22. Mai 1975

Helmut Kohl: Eigene Politik deutlich machen

Wenn man den Ablauf der letzten Jahre betrachtet — wichtige Entscheidungen der deutschen Politik in den letzten zwölf Monaten — wird man feststellen, daß die Behauptung, daß CDU und CSU auf eine totale Konfrontation hinsteuerten,barer Unsinn ist, stellt Helmut Kohl zur politischen Rolle der Opposition fest.

Ich will drei ganz zentrale Punkte nehmen: Ohne unsere Mitträgerschaft wäre die sogenannte Steuerreform nicht zustande gekommen. CDU und CSU haben bei der ganz zentralen Frage, bei der Verbesserung der Wehrstruktur mitgearbeitet und auch hier eine gemeinsame Basis geschaffen. Wir haben in den kritischen Tagen nach der Entführung von Peter Lorenz und bei dem Debakel in Stockholm unsere Verantwortung gesehen und die Entscheidungen mitgetragen.

Wir verstehen Opposition als Kontrolle der Regierung. Wir müssen kontrollieren und da, wo es sein muß, massiv und entschieden kritisieren, und wir müssen unsere eigene Politik vortragen. Wir müssen konkret sagen, was wir machen werden, wenn wir durch das Vertrauen unserer Mitbürger zur Regierung berufen werden.

■ ELBEGRENZE

In der Frage der Elbegrenze zwischen Lauenburg und Schnackenburg droht die Bundesregierung in den Verhandlungen mit der DDR bestehende Rechtsstandpunkte zu verlassen.

Seite 4

■ BERLIN

Die UdSSR hat mit Ihrer jüngsten Berlinnote an die UNO erneut einen massiven Schritt getan, der sich gegen die vitalen Interessen Berlins und des Westens überhaupt richtet.

Seite 5/6

■ ARBEITSMARKT

Erneut hat die SPD/FDP-Koalition einen von der Union geforderten Sonderausschuß zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit abgelehnt und damit die Jugendlichen im Stich gelassen.

Seite 8

■ BUNDESKANZLER

Am 16. Mai war Bundeskanzler Helmut Schmidt ein Jahr im Amt des Regierungschefs. Das, was der „Macher“ nach dieser Zeit vorweist, ist eine Bilanz der roten Zahlen.

Seite 11/12

■ PARTNERRENTE

Eine Argumentationshilfe für das über die Partnerrente im Gang befindliche innerparteiliche Gespräch bietet UiD in dieser

Dokumentation

■ INFORMATIONEN

Klepsch neuer Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat den Koblenzer Bundestagsabgeordneten Dr. Egon A. Klepsch zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Klepsch gehört im Europäischen Parlament dem politischen Ausschuß sowie dem Jugend- und Kulturausschuß an. Er hat sich in jüngster Zeit besonders durch seine Berichte über die Beziehungen zwischen der EG und den Staatshandelsländern sowie über die KSZE hervor getan.

JU startet Kampagne für Europa

Das Startzeichen für eine Europa-Kampagne „action Europa '75“ gab in Brüssel die Junge Union. In Veranstaltungen und Flugblattaktionen soll den europäischen Bürgern die Notwendigkeit der Integration bewußt gemacht und Druck auf die Regierungen ausgeübt werden, den Einigungsprozeß voranzutreiben. Höhepunkt und Abschluß der Aktion wird am 8. Juni eine Demonstration „Jugend für Europa“ in Aachen bilden, zu der Vertreter der jungen christlichen Demokraten und Konservativen aus den neun Ländern der Gemeinschaft erwartet werden.

CDU/CSU will Rechtsbasis für Krisenstab prüfen

Die rechtlichen Voraussetzungen für die weitere Einsetzung des Allparteien-Krisenstabes soll jetzt eine von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gebildete Kom-

mission prüfen. Der Krisenstab traf bisher die Entscheidungen in kritischen Situationen, die durch Terroristen verursacht wurden. Die CDU/CSU will auch weiterhin solche Entscheidungen mittragen. Nach der Verfassung hat jedoch die Regierung grundsätzlich die Verantwortung zu tragen. Der Opposition fällt die Kontrollfunktion zu. Für einen Krisenstab gibt es folglich keine verfassungsrechtliche Basis. Dies bedarf aus prinzipiellen Gründen einer eindeutigen Klärung.

DKP-Lehrerin verzichtete auf Verfassungsbeschwerde

Die der DKP angehörende Lehrerin Anne Lenhart wird entgegen einer früheren Äußerung keine Verfassungsbeschwerde gegen ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts einlegen. Das Gericht hatte seinerzeit die Entscheidung der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, Anne Lenhart wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft nicht als Beamtin einzustellen, mit der Begründung für rechtmäßig erklärt, daß schon die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers rechtfertigen könne (UjD 18/75). Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), deren Mitglied Frau Lenhart ist, sieht hinter dem Verzicht des DKP-Mitglieds auf Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eine Absprache mit der DKP (siehe Zitat, Seite 16).

Kritik am Bundesgerichtshof

In dem Fall des nach vorläufiger Festnahme freigelassenen Baader-Anwalts Haag, der untergetaucht ist, und nach dem gefahndet wird, hält es der Vorsitzende der Justizministerkonferenz, Thei-

STICHWORTE

Nur unzureichend

untergebracht ist fast die Hälfte aller Kinder im Bundesgebiet. Besonders betroffen: Familien mit drei und mehr Kindern.

200 Millionen

Mark wollen die Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik bis Ende 1977 einsparen: Weniger Hörspiele, weniger Auslandskorrespondenten.

Die Bundesanstalt

für Arbeit hat bis zum 30. April 1975 insgesamt 2,9 Milliarden DM von der vom Bund bereitgestellten Liquiditätshilfe in Höhe von 3,2 Milliarden DM erhalten.

Britische Mehrheit

für die EG nimmt zu. Ergebnis zweier Umfragen: vor einer Woche 57 % dafür, 33 % dagegen. Jetzt: 60 % dafür, 29 % dagegen. Der Volksentscheid findet am 5. Juni statt.

Leben ohne Arbeit

finden 70 % von 2067 befragten Männern und Frauen in der Bundesrepublik nicht schön. „Glauben Sie, Ihr Leben wäre schöner, wenn Sie bei gleichem Einkommen wie jetzt nicht mehr arbeiten müßten?“ lautete die Frage.

Die Sozialausgaben

haben sich seit 1960 doppelt so stark erhöht wie das Bruttosozialprodukt. Jede vierte erarbeitete Mark wird für Sozialausgaben verwendet.

Die gleichen Rechte,

die die UNO den Palästinensern zugesteht, forderten die vertriebenen Sudetendeutschen in Nürnberg bei ihrem Pfingsttreffen.

sen (Rheinland-Pfalz), für unbegreiflich, daß der dazu berechnete Senat des Bundesgerichtshofes sich nicht rechtzeitig entschlossen hat, die Entscheidung des Ermittlungsrichters zu korrigieren. Der Erlaß eines Haftbefehls gegen Haag war vom Ermittlungsrichter wegen fehlender Fluchtgefahr — trotz Bejahung des dringenden Tatverdachts — abgelehnt worden. Daraufhin ist Haag untergetaucht. Nach in Kreisen der CDU/CSU-Opposition vertretenen Ansicht ist der Fall Haag ein Anlaß, das geltende Haftrecht daraufhin zu überprüfen, ob eine Revision nötig ist.

CDU bringt Richterspruch vor den Landtag

Als einen „Skandal ersten Ranges“ hat die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag Äußerungen eines Darmstädter Einzelrichters bezeichnet, daß ein „Wehren gegen solche Figuren“ wie den Moderator des ZDF-Magazins, Gerhard Löwenthal, Rechtsens sei. Die Opposition wird diesen Fall im Landtag zur Sprache bringen.

Das Darmstädter Amtsgericht hatte einen 27jährigen Studenten wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz während einer Wahlversammlung mit Löwenthal im August des vergangenen Jahres nur zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung nannte der Einzelrichter Löwenthal aber gleichzeitig eine „Figur“, gegen die ein Wehren Rechtsens sei — es komme nur darauf an, welcher Mittel man sich dabei bediene.

Hierzu „Bild“: Was ist das für ein Richter? Ob er will oder nicht: Mit seinem Urteil ermuntert er die Terroristen von morgen. Gehört ein solcher Richter eigentlich noch zur demokratischen Gemeinschaft?

■ ELBE-GRENZE

Regierung darf bestehendes Recht nicht preisgeben

Die Elbe zwischen Lauenburg und Schnackenburg ist als Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland anzusehen. Dieser Rechtsstandpunkt ist von allen Bundesregierungen bis 1972 vertreten worden. Jetzt droht nach Ansicht des CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten Horst Schröder (Lüneburg) die Bundesregierung diesen unumstrittenen Rechtsstandpunkt in den laufenden Verhandlungen mit der DDR zu verlassen.

Schröder erklärte, daß entsprechend den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR die Grenzkommission in der Frage des Grenzverlaufs an der Elbe keinen Verhandlungsspielraum hat, da sie ausschließlich an die schriftlichen Vereinbarungen der Alliierten aus den Jahren 1944 und 1945, an die alliierten Kartenaufzeichnungen aus der damaligen Zeit und an das übereinstimmende Verhalten der Siegermächte in der Zeit der Ausübung ihrer Hoheitsgewalt von 1945 bis 1960 gebunden ist.

Der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es in den Jahren 1945 bis 1950 zwischen den Briten und den Sowjets völlig unstrittig gewesen sei, daß die Elbe uneingeschränkt der Hoheitsgewalt der damaligen britischen Besatzungsmacht unterliege. Er führte in

diesem Zusammenhang eine Reihe von Aussagen der Britischen Botschaft und Anordnungen britischer Militärs an. Horst Schröder gab auch bekannt, daß im Jahre 1957 unter der Regierung Adenauer und im Jahre 1964 unter der Regierung Erhard der grundsätzliche Rechtsstandpunkt der früheren Alliierten übernommen und bestätigt wurde.

Angesichts dieser Situation sei es der CDU/CSU-Fraktion völlig unverständlich, warum sich die Bundesregierung bereits zu Beginn der Verhandlungen in der Grenzkommision über den Elbabschnitt, nämlich in der Schweriner Sitzung vom 2. bis 4. Juni vergangenen Jahres, von der anderen Seite überreden ließ, auf der Basis einer Grenzmarkierung in der Strommitte zu verhandeln.

Schröder machte deutlich, daß eine Grenzmarkierung in der Strommitte, selbst wenn sie mit Sonderabkommen über die Ausübung der Fischerei, des Wassersports und anderer Probleme verbunden sei, für die anliegende Bevölkerung, die Gemeinden und Landkreise an der Elbe erhebliche Sicherheitsrisiken bedeuten würde und erhebliche Nachteile hätte. Er sieht insbesondere eine Beeinträchtigung der Fischerei, eine Schädigung des Fremdenverkehrs und die Verhinderung des Baues von Kernkraftwerken an der Elbe, da die DDR bei einer Grenzmarkierung in der Strommitte Anspruch hat, an wasserrechtlichen und anderen Genehmigungsverfahren beteiligt zu werden.

Der Lüneburger CDU-Bundestagsabgeordnete meinte, daß allein schon die psychologischen Momente, die Grenze der DDR verletzen zu können, Unsicherheitsfaktoren hervorrufen und demgemäß zu einer Stagnation in der wirtschaftlichen Entwicklung des betroffenen Gebietes führen würden.

■ NATO

Das Atlantische Bündnis mit neuem Leben erfüllen

Die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft ist der unverzichtbare Garant der deutschen Sicherheit. Ungeachtet aller Entspannungsbemühungen und der jüngsten Ereignisse in Indochina gilt es, über das Bekenntnis zur NATO hinaus auch die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten zu stärken. Diese Haltung der CDU/CSU-Fraktion verdeutlichte der Fraktionsvorsitzende Karl Carstens in der Bundestagsdebatte am 15. Mai 1975, die auf Entschließungen der Nordatlantischen Versammlung vom 11. bis 16. November 1974 in London zurückging.

In der NATO-Debatte führte Karl Carstens u. a. folgendes aus:

Auch ich möchte der Nordatlantischen Versammlung dafür danken, daß sie uns in ihren Resolutionen, die uns vorliegen, Gelegenheit gegeben hat, zu wichtigen Fragen des Nordatlantischen Bündnisses heute Stellung zu nehmen. Denn ich meine, daß dies doch eine wichtige Debatte ist, nicht zuletzt deswegen, weil sie in einigen wichtigen Fragen Übereinstimmung zwischen allen, die bisher gesprochen haben, ergeben hat, nämlich in der Frage der Bewertung und Einschätzung des Nordatlantischen Bündnisses und unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Außenminister Genscher hat es gesagt,

Herr Brandt, Herr Kollege Jaeger, Herr Ronneburger haben es gesagt, wir wollten den Vereinigten Staaten helfen bei der Überwindung der Schwierigkeiten, in denen sie sich jetzt befinden. Wir sollten ihnen klarzumachen versuchen, daß der Rückschlag in Vietnam, den sie erlitten haben, ihr Verhältnis zu Europa nicht berühren sollte; daß wir Europäer, insbesondere wir Deutschen, das Bündnis mit den Amerikanern als Grundlage unserer Sicherheit ansehen, daß wir auf die amerikanische Bündniszusage vertrauen, und daß wir uns mit unseren amerikanischen Freunden in bestimmten freiheitlichen Grundüberzeugungen über Demokratie und Menschenrechte verbunden fühlen.

Die Weltlage ist mehrfach angesprochen worden in der heutigen Debatte. Es ist von einer menschlichen Tragödie die Rede gewesen. Wir alle haben sie miterlebt. Aber wir sollten uns doch auch eigentlich nicht scheuen zu sagen, daß hier wieder einmal Verbrechen an Menschen in einem unvorstellbaren Umfang und Ausmaß begangen worden sind.

Wir können aus den Ereignissen in Indochina eine weitere Folgerung ziehen, hinsichtlich derer es, wie ich glaube, auch keine Meinungsverschiedenheit zwischen uns gibt. Es ist nicht nur die Sowjetunion, sondern es sind auch andere kommunistische Mächte, insbesondere China, die dort an Einfluß gewonnen haben. Nun gilt für die Sowjetunion

in gewisser Weise, was für die Amerikaner gilt. Auch für die Sowjetunion ist Indochina ein anderer Komplex als Europa und Westeuropa. Aber ich meine, wir müssen angesichts des sich vergrößernden weltpolitischen Einflusses der Sowjetunion doch sehr genau beobachten und registrieren, was die Sowjetunion und ihre Bundesgenossen auch uns, den Westeuropäern und speziell uns Deutschen gegenüber unternehmen will.

An Bündnis festhalten

Aus all dem ergibt sich, daß wir an dem Bündnis festhalten müssen, und daß wir insbesondere unsere Bindungen zu den Vereinigten Staaten verstärken müssen. Wir sollten auch im Bündnis unsere eigenen nationalen Interessen mit Ruhe und mit Festigkeit vertreten:

- dazu gehören unsere Forderungen, die sich auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands beziehen;
- dazu gehört die Forderung nach Selbstbestimmung für alle Deutschen;
- dazu gehört die Forderung nach Gewährung von mehr Menschenrechten an die Deutschen in der DDR;
- dazu gehört natürlich auch, daß das, was sich in Genf jetzt abspielt, die bevorstehende Deklaration, wie immer sie heißen mag, die die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) abschließen soll, daß dieses Schlußdokument einen Friedensvertrag mit Deutschland nicht vorwegnehmen oder nicht präjudizieren darf.

Das Atlantische Bündnis muß nicht nur erhalten, sondern auch mit neuem Leben erfüllt werden. Das ist von vielen gesagt worden, und ich möchte das sehr unterstreichen. Das Bündnis muß effizienter, muß leistungsfähiger werden. Vielleicht kann man auch über konkrete

Vorschläge nachdenken, die vor einigen Tagen mein Kollege Wörner zur Diskussion gestellt hat. Ich möchte nur einige davon erwähnen: eine Verlängerung der Geltungsdauer des NATO-Vertrages, eine konkrete Verpflichtung, die realen Verteidigungsleistungen jährlich um einen bestimmten Prozentsatz zu steigern, und ein wirtschaftliches Hilfs- und Sanierungsprogramm für die Südfanke der NATO einschließlich Zypern. Was den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland anlangt, so hat der Herr Bundesaußenminister mit Recht festgestellt, daß die Bundesrepublik, daß unser Land zur gemeinsamen Verteidigung auch in den letzten Jahren einen beträchtlichen Beitrag geleistet hat.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die CDU/CSU es gewesen ist, die dem Verteidigungsminister, Herrn Leber, bei seinen diesbezüglichen Bemühungen stets uneingeschränkt unterstützt hat, was man wohl von den anderen Fraktionen dieses Hohen Hauses nicht in gleicher Weise sagen kann.

Am 5. Mai dieses Jahres haben wir auch die 20. Wiederkehr des Tages des Eintritts der Bundesrepublik Deutschland in die NATO feiern können. Ich meine, hier wäre schon eher ein Anlaß vorhanden gewesen, sich daran zu erinnern, daß an diesem Tage die Bundesrepublik Deutschland mit ihrem Eintritt in das Nordatlantische Bündnis zugleich ihre volle Souveränität wiedererlangte und erreicht wurde, daß ihre Bundesgenossen sich mit ihr zusammen engagierten für die großen, zentralen Ziele der deutschen Politik, nämlich der Wiedervereinigung unseres Landes in Freiheit. Ich meine, daß dies eine politische Leistung war — damals gegen den Widerstand der SPD durchgesetzt, Herr Kollege Wehner —, eine historische Leistung.

■ BERLIN

Die UdSSR stiehlt sich aus dem Vier-Mächte-Abkommen

Die Sowjetunion hat mit ihrer jüngsten Berlinnote an die UNO erneut einen massiven Schritt getan, der sich gegen die vitalen Interessen Berlins und des Westens überhaupt richtet. Ungeachtet der in der Präambel des Vier-Mächte-Abkommens festgelegten Verantwortung der vier Mächte für ganz Berlin, behauptet die Sowjetunion in ihrer Note, daß den Westmächten keinerlei Rechte in bezug auf Ost-Berlin mehr zuständen, daß dieser Teil der Stadt vielmehr Hauptstadt der DDR sei.

Damit versucht die Sowjetunion nach Meinung des Vorsitzenden des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, Olaf von Wrangel, das bisherige Völkerrecht in diesem Bereich durch einseitige machtpolitische Aktionen zu unterlaufen. Sie stiehlt sich aus der Geschäftsgrundlage des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin hinaus. Dies darf nicht hingenommen werden. Folgendes ist festzustellen:

① Die CDU/CSU weist diesen erneuten massiven Versuch der Sowjetunion, den Berlinstatus einseitig zu verändern, mit Nachdruck zurück. Sie erblickt in dieser neuesten, gegen Berlin gerichteten Note einen Versuch, Schritt für Schritt gerade unterschriebene Verträge zu brechen.

② Ein solcher Rechtsbruch kann deshalb in seiner schwerwiegenden Be-

deutung nicht hingenommen werden, weil das Vier-Mächte-Abkommen immer mit den anderen Verträgen (Ostverträge) als Einheit behandelt wurde.

③ Wenn man aus einem labilen Gebäude einen Eckstein herausbricht oder dies zuläßt, läuft man Gefahr, das ganze Gebäude zu zerstören.

④ Die Folgen für West-Berlin wären unabsehbar, wenn sich die sowjetische Rechtsauffassung durchsetzen würde. Diese Note ist nichts anderes als eine Vorankündigung der Sowjetunion, wieder einmal DDR-Ansprüche auf West-Berlin geltend zu machen.

⑤ Damit wird die immer wieder behauptete Erklärung der Bundesregierung und anderer, Berlin sei noch niemals so sicher gewesen, wie nach dem Vier-Mächte-Abkommen, mit einem dicken Fragezeichen versehen. In Abschnitt I, Nr. 3 des Vier-Mächte-Abkommens heißt es wörtlich: „Die vier Regierungen werden ihre individuellen und gemeinsamen Rechte und Verantwortlichkeiten, die unverändert bleiben, gegenseitig achten.“

⑥ Die CDU/CSU ist der Meinung, daß diese Frage nicht allein die Westmächte berührt.

⑦ Wenn die Sowjetunion nunmehr den Westmächten vorwirft, eine Position einzunehmen, die „klar im Gegensatz zu den rechtlichen und tatsächlichen Realitäten steht“, dann ist das dialektische Falschmünzerei.

■ ARBEITSLOSIGKEIT

SPD/FDP hat die Jugendlichen im Stich gelassen

Mit dem Antrag, einen Sonderausschuß zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen, unternahm die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum dritten Mal innerhalb dieses Jahres den Versuch, Regierung und Parlamentsmehrheit dazu zu bringen, mit der bloßen Gesundheitsbeterei Schluß zu machen und gegen die beängstigende Jugendarbeitslosigkeit endlich etwas Konkretes zu unternehmen. Wieder ohne Erfolg. Erneut wurde dieser Antrag von der SPD/FDP-Koalition abgelehnt.

Wie wichtig ein solcher Sonderausschuß ist, begründete der CDU/CSU-Abgeordnete Dr. Josef Klein in der Bundestagsdebatte am 15. Mai 1975: Fast ein halbes Jahr liegt die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen unter 20 Jahren nun schon über 100 000. Die Koalition hat 1972 der Jugend große Versprechungen gemacht und auf diese Weise sehr viele Jungwählerstimmen eingeheimst. Daraus resultiert ein besonders hohes Maß an Verantwortung für die jungen Menschen. Dennoch hat die Koalition durch Verharmlosung, Hilflosigkeit und Untätigkeit insbesondere die jugendlichen Arbeitnehmer im Stich gelassen.

Die Regierung verweist wider besseren Wissens immer wieder auf ihren Entwurf für ein neues Berufsbildungsge-

setz. Abgesehen davon, daß dieser Gesetzesentwurf ganz minderwertig ist, kann er vor 1977 nicht wirksam werden. Wir dürfen aber doch die arbeitslosen Jugendlichen des Jahres 1975 und 1976 nicht vergessen.

Darum hat die CDU/CSU schon im Januar ein Dringlichkeitsprogramm vorgelegt. SPD/FDP haben es abgelehnt. Gleichwohl behaupten Koalitionspolitiker: „Das meiste von dem... wird schon gemacht.“ (MdB Porzner am 17. April 1975 im Bundestag).

Auch dies entspricht nicht den Tatsachen. Die Kernpunkte dieses Programms sind eben nicht aufgegriffen worden. Es gibt weder die von der CDU/CSU vorgeschlagene Prämie bis zu 4 000 DM für neue qualifizierte Ausbildungsplätze, noch gibt es eine nennenswerte Erweiterung des Lehrstellenangebots der öffentlichen Hand.

Bisher hat die Koalition zum Dringlichkeitsprogramm der CDU/CSU keine Alternative entwickelt. Um der Untätigkeit und Wurstelei ein Ende zu setzen, fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Einsetzung eines Sonderausschusses zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Sonderausschüsse sind schon zu Fragen von wesentlich geringem Gewicht eingerichtet worden. In einem Sonderausschuß könnte endlich die notwendige Koordination und Systematik erfolgen, die für die Lösung des Problems erforderlich ist. Die Zersplitterung der Zuständigkeiten auf mehrere Ressorts und mehrere Ausschüsse bewirkt Schwerfälligkeit.

Das Dringlichkeitsprogramm der CDU/CSU-Fraktion ist eine gute konzeptionelle Grundlage zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit — ein Sonderausschuß ein adäquates parlamentarisches Beratungsgremium.

■ KOALITION

Großer Katzenjammer

Die den „Aufschwung“ wählten, werden warten müssen. Nach den Landtagswahlen an Rhein, Ruhr und Saar erweisen sich die SPD/FDP-Versprechungen als Bluff. Der CDU, die wegen ihrer Warnungen als Panikmacher diffamiert wurde, wird nun regierungsamtlicherseits bestätigt, daß sie doch recht hatte. Bundeswirtschaftsminister Fride- richs räumte in einem „Welt“-Interview ein, das konjunkturelle Tal habe sich als länger und tiefer erwiesen, als man bisher angenommen habe. Die jüngsten Daten hätten die Erwartungen der Bundesregierung nicht voll erfüllt.

Steuergelder für Wahlkreisförderung

Der Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie, Dr. Volker Hauff, bemüht sich, in seinem SPD-Wahlkreis Zuwendungen des Forschungsministeriums unterzubringen. Dies berichtet in einer Erklärung zu zwei im Bundestag eingebrachten Anfragen der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Lutz Stavenhagen. Nachdem Hauff bereits eine Omnibuslinie mit elektrischem Antrieb in Esslingen gefördert hatte, erklärte sein Minister auf eine entsprechende Anfrage vom 18. April 1975, daß weitere Vorhaben im Wahlkreis von Hauff nicht gefördert würden. Diese Angaben waren falsch. Wie man aus der Bundestagsdrucksache 7/3595 auf Seite 25 entnehmen kann, erhalten die „Vereinigten Esslinger Wohnungsunternehmen“ einen Zuschuß von 2 Mio. DM. Mit diesen Steuergeldern soll nach der offiziellen Aufgabenteilung der „Einbau einer Wärmepum-

penanlage zur Erzeugung von Heizwärme und Aufbereitung von Warmwasser...“ bezahlt werden. Von einer Ausschreibung des Projektes kann jedoch nicht gesprochen werden. Die SPD-beherrschten „Vereinigten Esslinger Wohnungsunternehmen“ sind mit diesen Geldern bedacht worden, weil Hauff seine Wahlkreisgenossen fördern wollte.

Entwicklungspolitische Doppelzüngigkeit

Aufgrund der neuen Erklärung von Entwicklungsminister Bahr, man werde Chile keine Entwicklungshilfe geben, hat der stellv. Sprecher der Unionsfraktion Roser (CSU) nach den allgemein gültigen Maßstäben deutscher Entwicklungspolitik gefragt. Roser meinte, Bahrs Erklärung sei um so unverständlicher, als die Bundesregierung erst Anfang Mai einem Weltbankkredit für Chile über 50 Mill. DM ausdrücklich zugestimmt habe. Diese offensichtliche Doppelzüngigkeit schade dem Ansehen Bonns in der Welt. Würde das demokratische Defizit der Militärjunta von Santiago zum allgemein gültigen Maßstab auch linken Regimen gegenüber gemacht, müßte der größte Teil deutscher Entwicklungshilfe eingestellt werden, meinte Roser.

Matthöfers Fehlleistung

Dem ungenügenden Einsatz des Forschungsministers Matthöfer (SPD) für eine europäische Computer-Industrie bei den letzten deutsch-französischen Gesprächen in Paris ist es nach Informationen, die dem forschungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Christian Lenzer vorliegen, zuzuschreiben, daß die französische Regierung aus Bonn keine Einwände erwartete, als sie dieser Tage einer Fusion der französischen Compagnie In-

ternationale pour l'Informatique (CII) mit der Compagnie Honeywell-Bull (HB) zu einem Konzern zustimmte, der mit der amerikanischen Honeywell-Bull-Information System (HIS), dem zweitgrößten Informatikkonzern der Welt, eng zusammenarbeiten wird. Durch die Bildung einer solchen französisch-amerikanischen Firma hat die von Genossen Matthöfer auf dem Forschungssektor denkbar schlecht vertretene Bundesregierung eine Gelegenheit zur Schaffung einer europäischen Computerindustrie versäumt.

Gscheidles Optimismus

Eine peinliche Niederlage hinnehmen mußte Kurt Gscheidle, Doppel-Minister in Bonn, in seiner Eigenschaft als Verkehrsminister. (Gscheidle verwaltet außerdem noch das Postressort). Als er sein Nahverkehrskonzept im Bundeskabinett vortrug, gab es so viele Bedenken dagegen, daß Kanzler Helmut Schmidt den Minister anwies, seine Pläne noch einmal zu überarbeiten. Offensichtlich war Gscheidle etwas zu optimistisch gewesen, denn er hatte bereits vorher an Bonner Journalisten Papiere verteilen lassen, die zu Schlagzeilen führten wie „Bundeskabinett unterstützt Gscheidles Nahverkehrsprogramm“.

Warnung vor neuen Illusionen

Der erneute Anstieg der Lebenshaltungskosten auf 6,1 Prozent ist nach Ansicht des Vorsitzenden des Arbeitskreises für Wirtschaft und Ernährung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Ernst Müller-Hermann, wiederum ein Hinweis darauf, daß die Fehler der Regierungspolitik der vergangenen Jahre bedauerlicherweise länger nachwirken als dies von Regierung und SPD/FDP-

Koalition angenommen bzw. zugegeben wird. Gleiches gilt für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, für das wirtschaftliche Wachstum und für die Konjunkturbelebung. Aus guten Gründen hat die Opposition vor der Illusion gewarnt, die Zeiten für eine absehbare Besserung seien bereits in Sicht.

Also doch Steuererhöhung

Die SPD bereitet eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Anfang nächsten Jahres vor. Im Funktionärsdienst „Intern“ rechnet die Partei ihren Genossen vor, daß die Bundesrepublik im europäischen Vergleich einen besonders niedrigen Mehrwertsteuersatz erhebt. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozent soll Finanzminister Apel elf Milliarden Mark in die Kasse bringen. Damit wäre mehr als ein Drittel des 32-Milliarden-Defizits von 1976 gedeckt.

Journalisten einstimmig gegen Jochen Steffen

Einstimmig haben die Journalisten auf dem Verbandstag des Schleswig-Holsteinischen Journalistenverbandes (SHJV) in Grömitz dem SPD-Landesvorsitzenden Joachim Steffen ein „gestörtes Verhältnis zum Journalismus“ vorgeworfen. In der Resolution heißt es unter anderem, Steffen belaste mit solch einer „unqualifizierten Stellungnahme in unerträglichem Ausmaß“ die Beziehungen zwischen Politik und Presse. Steffen hatte in einem Artikel des SPD-Pornomagazins „DAS DA“ von einer „schweinemäßigen Landespresse“ gesprochen, die im Wahlkampf den SPD-Spitzenkandidaten Klaus Matthiesen als „Klein-Doofie“ verkauft habe. Außerdem warf er der Presse „Informationsverkürzung und Nachrichtenverfälschung“ vor.

■ EIN JAHR BUNDESKANZLER SCHMIDT

Die Bilanz des „Machers“ ein Papier der roten Zahlen

Am 16. Mai war Helmut Schmidt ein Jahr lang Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Als er vor zwölf Monaten sein Amt antrat, hob sich in der Koalition der Erwartungshorizont in lichte Höhen. Vorschußlorbeeren wurden in Massen angeboten. Nach der Führungslosigkeit Willy Brandts sollte die „Macherqualität“ Helmut Schmidts die Bundesrepublik wieder reorganisieren. Inzwischen ist der Lorbeer unter der Sonne der Realität verwelkt. Der Erwartungshorizont schrumpfte, Der „Macher“ erwies sich zwar als geschäftig. Aber er schaffte zu wenig, stellt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gerhard Reddemann fest.

Helmut Schmidt ließ sich beim Amtsantritt feiern als der Mann des dringend benötigten wirtschaftlichen Aufschwungs. Von ihm stammte die 1972 ausgesprochene Erklärung, zwei Prozent Arbeitslose seien für die Bundesrepublik zu viel; sie bedeuteten eine Zerrüttung der deutschen Wirtschaft. Als Helmut Schmidt sein Amt antrat, lag die Arbeitslosenquote in der Tat unter zwei Prozent. Seit er im Amt ist, kletterte sie auf über fünf Prozent. Langfristig wird sie nach Auffassung der Regierungsexperten weit über drei Prozent bleiben. Und Helmut Schmidt kennt kein Mittel, diese Zerrüttung zu beseitigen.

Helmut Schmidt versprach beim Kanzlerwechsel stabile Bundesfinanzen. Noch 1972 versicherte er, unter seiner Stabführung (als Finanz- und Wirtschaftsminister) werde es keine übermäßige Verschuldung des Bundes geben. „Nicht einmal 17 Pfennige“, so seine wörtliche Behauptung, wollte er in der Bundeskasse als Minus zulassen.

Im ersten Jahr seiner Kanzlerschaft ruinierte Helmut Schmidt gemeinsam mit seinem Finanzminister Hans Apel die Bundesfinanzen durch einen Haushaltsplan, der 23 Milliarden DM Neuverschuldung vorsieht und eine Summe von wahrscheinlich 30 Milliarden Schulden — oder Steuererhöhungen für 1976 — verursacht.

Der Bundeskanzler hat also seine Zusage einer soliden Kassenführung nicht einmal ansatzweise versucht, geschweige denn stabile Finanzen angestrebt.

Durch die unsolide Art des Umgangs mit öffentlichen Mitteln besteht jetzt die Gefahr, daß die Bundesregierung soziale Leistungen einschränken muß. An die Stelle des sozialen Fortschritts soll die soziale Demontage treten.

Das der Regierung nahestehende Wochenblatt „Die Zeit“ zählt die Rückschritte bereits auf:

„Eine restriktive Novellierung des Berufsausbildungsförderungsgesetzes ist unumgänglich. Selbstkostenbeteiligungen werden geprüft, Rentenbegrenzun-

gen auf hundert Prozent des letzten Verdienstes werden erwogen, die allmähliche Umstellung der Studentengehälter auf Darlehen ist in der Planung. Die gewaltigen Zuschüsse für die Sozialversicherung sollen abgebaut werden.“

In der Koalition schwelt ein dauernder Streit

Für eine Regierung, die fälschlich aber permanent von sich behauptet, die größten sozialen Leistungen seit Gründung der Bundesrepublik erreicht zu haben, ein geradezu abenteuerlich monströser Katalog.

Daneben schwelt in der Koalition ein Streit, wie man ihn selbst während der getrübtsten Phasen der Brandt/Scheel-Regierung nicht kannte. Schmidts Führungsmethode, sich auf Kosten seiner Kabinettpartner zu profilieren, fast ausschließlich (sozialdemokratische) Minister ohne Profil um sich zu scharen und dem preußischen Korporalston zum ersten Male seit dem Tode des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm im Jahre 1740 wieder Kabinetts Ehren zuteil werden zu lassen, kennzeichnen Helmut Schmidt als einen Kanzler, der durch forsches Gehabe die eigene Unsicherheit zu überspielen versucht.

Auf dem Gebiet der vielversprochenen inneren Reformen ist der Bundeskanzler in den vergangenen 12 Monaten keinen Schritt weitergekommen:

- Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, ein Paradeversprechen seiner Partei im Wahlkampf 1972 — wurde zum Vermodern in Aktenbergen freigegeben.
- Bei der Mitbestimmung zeichnen sich Kompromisse ab, die so im Gegensatz

zu den Wahlversprechen stehen, daß Helmut Schmidt vor Scham rot werden müßte wie ein Juso aus Gesinnung.

- Trotz der angeblich so klaren Konzeption für die Änderung der beruflichen Bildung ist ein Entwurf entstanden, der die selten erreichte Qualität besitzt, von allen betroffenen Gruppen abgelehnt zu werden.

- Beim sogenannten sozialen Bodenrecht wird zwar alle paar Wochen vom unmittelbar bevorstehenden Endergebnis berichtet, aber die Hoffnung auf ein wirklich praktikables und mit dem Grundgesetz übereinstimmendes Gesetz schmort auf nur kleiner Flamme.

- Auf dem Gebiet der inneren Sicherheit hat Helmut Schmidt in Übereinstimmung mit der Opposition bei den Stockholmer Ereignissen richtig gehandelt. Bei der notwendigen Gesetzgebung zur Bekämpfung des Terrorismus stapft er jedoch nur mühsam gegen die Vorstellungen seiner Linken an. Außenpolitisch verwirrte Schmidt neben einigen in der Tat gut gelungenen Auftritten ausländische Politiker durch seine wilden und zum größten Teil substanzlosen Attacken gegen die EG-Kommission, durch den barschen Ton bei diplomatischen Gesprächen und durch eine erschreckende Kleinkariertheit.

Helmut Schmidt ist der Kanzler-Rock zu groß

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Carstens, hat Helmut Schmidt nach dessen erstem rüden Ausrutscher im Bundestag als einen Mann charakterisiert, dem der Rock des Bundeskanzlers noch zu groß ist. Nach einem Jahr Kanzlerschaft Helmut Schmidts hat sich an dieser Sachlage nichts geändert.

■ GESUNDHEIT

Neues Arzneimittelrecht kein ideologisches Experimentierfeld

Die SPD/FDP-Bundesregierung betrachtet den Gesetzentwurf zur Neuordnung des Arzneimittelrechts offenbar hauptsächlich aus der politischen Perspektive. Nur zu deutlich erhellt die These des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Dr. Focke, anlässlich der 1. Lesung des „Gesetzentwurfes zur Neuordnung des Arzneimittelrechts“, worum es der Bundesregierung vor allem geht: Der Bundesminister erklärte, man „verhandele nicht über eine Fachfrage für Spezialisten, sondern wende sich einer Aufgabe mit hohem Stellenwert in der Politik der sozialliberalen Koalition zu“.

Bezeichnenderweise scheint es nach Meinung des gesundheitspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, der Bundesregierung also auch beim Arzneimittelrecht nicht auf sachlich angemessene und praktikable Regelungen anzukommen (für die die hinreichende Berücksichtigung des Sachverständes der „Spezialisten“ unerlässlich wäre); vielmehr läßt die einseitige Betonung des „hohen Stellenwertes in der Politik der sozialliberalen Koalition“ darauf schließen, daß letztlich politische (d. h. ideologische) und gesundheitspolitisch begründete Entscheidungen getroffen worden sind.

Der politische Stellenwert dieses Gesetzentwurfes und der Blick auf den nächsten Wahltermin offensichtlich haben dazu geführt, daß sachverständige „Spezialisten“ zwar gehört wurden — um demokratischen Gepflogenheiten Genüge zu tun —, ihre Bedenken und Argumente jedoch nicht hinreichend gegeneinander abgewogen und berücksichtigt wurden.

Das hat nun im einzelnen etliche Ungereimtheiten gebracht, Regelungen, die angeblich „mehr Arzneimittelsicherheit“ gewährleisten sollen, praktisch aber ein größeres Arzneimittelrisiko zur Folge haben; Regelungen, die angeblich zu gesundheitspolitisch notwendigen Strukturveränderungen führen, die langfristig allerdings vor allem als Instrument zur Verwirklichung parteipolitischer, ideologischer Ziele gedacht sind.

Versprochen worden ist z. B. die Senkung der Arzneimittelpreise. Behauptet wird, die Neuregelung des Arzneimittelrechts sei eine „Reform, die — gemessen an ihrem Nutzen — verhältnismäßig wenig koste“. Praktisch aber dürfte nur der Bund relativ ungeschoren davonkommen; die Länder werden bereits weit mehr zur Ader gelassen, während Krankenkassen und damit Patienten den Löwenanteil der durch diesen Gesetzentwurf verursachten Kosten zu tragen haben. Denn wenn nicht über die Arzneimittelpreise, wie sonst sollen die kostenintensiven Anforderungen an

die Arzneimittelherstellung bewältigt werden?

Nur: Diese Auswirkung würde der Verbraucher — wenn das Gesetz wie geplant Ende dieser Legislaturperiode verabschiedet wird — erst nach der nächsten Wahl zu spüren bekommen. Dies also ist Etikettenschwindel mit Blick auf den nächsten Wahltermin.

Erreicht werden soll — und das ist eine der wichtigsten Folgen der Neuordnung — „eine Transparenz des Arzneimittelmarktes, die ohne dirigistische Eingriffe zu einer vernünftigen Verminderung der Zahl der Arzneimittel führt“. Gegen eine „vernünftige“ — nämlich aus Gründen der Arzneimittelsicherheit gebotene — Verminderung der Zahl der Arzneimittel ist nichts einzuwenden. Im Gegenteil: Sie ist zweifellos notwendig.

Nur ist bisher nicht sichergestellt, daß die vorgesehenen Zulassungsvorschriften (Wirksamkeitsnachweis) und die Form der Nachzulassung der bereits auf dem Markt befindlichen Arzneimittel in der Praxis nicht zu ganz anderen Auswirkungen führen:

— wenn z. B. der geforderte Wirksamkeitsnachweis (der um so einfacher und kostengünstiger geführt werden kann, je „stärker wirksam“ das Arzneimittel ist) dazu führt, daß wir spätestens in 15 Jahren nur noch „stark wirksame“ Arzneimittel haben, so hätten wir das Gegenteil von „mehr Arzneimittelsicherheit“ erreicht. Denn: je wirksamer ein Arzneimittel ist, desto häufiger und schwerer sind seine Nebenwirkungen.

— wenn also außer zahlreichen chemisch-synthetischen Arzneimitteln auch die meisten der heute auf dem Markt befindlichen „Naturheilmittel“ deshalb verschwinden würden, weil ihre therapeutische Wirksamkeit entweder wissenschaftlich nicht nachweisbar wäre

oder der für den Nachweis erforderliche finanzielle, materielle und personelle Aufwand untragbar wäre, bedeutet dies:

- daß die meisten kleinen und mittleren Arzneimittelhersteller zugunsten einer Konzentration auf wenige große finanzkräftige aufgeben müßten;

- daß die freie Behandlungswahl von Arzt und Patient eingeschränkt wäre; denn die Behandlung eines Arztes für Naturheilverfahren, dem keine Naturheilmittel mehr zur Verfügung stehen, müßte sich auf physikalische Therapie etc. beschränken;

- daß der Staat damit den Wissenschaftsstreit zwischen „Schulmedizin“ und „Volksmedizin“ entscheiden würde;

- daß einer technischen Medizin und damit der Entmündigung des Patienten Vorschub geleistet würde.

CDU/CSU-Fraktion wird den Gesetzestext genau prüfen

Solche Auswirkungen entsprechen politisch-ideologischen Zielsetzungen, haben aber nichts mit der angeblich angestrebten Arzneimittelsicherheit zu tun oder widersprechen ihr.

Die CDU/CSU-Fraktion wird den Gesetzestext auf seine Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit prüfen.

„So viel Kontrolle wie nötig, damit die Arzneimittelsicherheit gewährleistet ist; so viel Freiheit wie möglich, damit Erfindergeist, unternehmerische Investitionsbereitschaft, ärztliche Kunst und das Gesundheitsbewußtsein jedes einzelnen nicht beeinträchtigt werden.“ (Bundesgesundheitsminister Frau Dr. Focke [SPD], 1. Lesung).

Wie ernst diese Beteuerungen gemeint sind, wird sich im Laufe der Beratungen des Gesetzentwurfes erweisen müssen.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neu im Angebot

■ Mitbestimmung

Mitbestimmung, eines der von der SPD/FDP angekündigten Reformvorhaben, droht unter dieser Regierung zu dem zu werden, was es vorher war: eine leere Versprechung wie so vieles, was diese Regierung angekündigt hat. Die CDU hat klare Vorstellungen für die Reform des Unternehmensrechts entwickelt. Das Mitbestimmungsmodell der CDU sieht Partnerschaft statt Klassenkampf vor.

Die Argumentationskarte „Mitbestimmung“ enthält die für eine Diskussion zu diesem Thema notwendigen Grundlagen. Sie stellt die Vorstellungen der CDU denen von SPD/FDP gegenüber.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,— DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr. 6351

■ Verbrechensbekämpfung

Die Verbrechensstatistik ist alarmierend. Ebenso alarmierend und besorgniserregend sind die ständigen Verharmlosungen des Problems durch die SPD. Die CDU hat Forderungen erhoben, die den Weg zu einer wirkungsvollen Verbrechensbekämpfung weisen. Die Argumentationskarte enthält eine kurze Darstellung der Verbrechensentwicklung in der Bundesrepublik und die von der CDU geforderten Maßnahmen zur wirksamsten Bekämpfung.

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postf. 6666, Telex 933 753 iserv d
Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,— DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr. 6348

■ Vietnam und die SPD

Diese Argumentationskarte verdeutlicht die zwielichtige Haltung der SPD zum Krieg in Vietnam. Sie zeigt gleichzeitig, wie kommunistische Staaten mit Verträgen und Abkommen umgehen und wie von ihnen Begriffe wie Entspannung und Koexistenz verstanden werden.

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,— DM pro 100 Exemplare
Best.-Nr. 6349

■ Broschüren-Serie:

**Argumente — Dokumente —
Materialien**

**„Raumordnung in einer freiheitlichen
Gesellschaft“**

Der Bundesfachausschuß Strukturpolitik der CDU hat sich nach eingehender Vorbereitung durch den Unterausschuß Raumordnung zu raumordnungspolitischen Grundsätzen bekannt, die die Grundlage der Raumordnungspolitik der Partei sein sollen. Diese Grundsätze sind in der 16seitigen Broschüre enthalten.

Mindestabnahme: 25 Exemplare
Preis: 0,27 DM pro Exemplar
Best.-Nr. 5350

■ ZITAT

DKP scheut Karlsruhe

Der Eindruck, daß die DKP überhaupt kein Interesse daran hat, das Problem radikaler Bewerber für den öffentlichen Dienst durch das Bundesverfassungsgericht prozessual abschließend beurteilen zu lassen, kann nach dem Verzicht der Lehrerin Anne Lenhart auf eine Verfassungsbeschwerde nicht mehr zerstreut werden.

Ihr Anwalt hatte nach der Niederlage vor dem Bundesverwaltungsgericht zunächst einen solchen Schritt angekündigt. Der Rückzieher verstärkt die vielen Hinweise, daß die DKP ihre Mitglieder sogar mit Repressalien wie dem Parteiausschluß nötigt, eine letzte Chance verstreichen zu lassen, doch noch in den angestrebten Beruf zu kommen.

Auch wer bislang noch zögerte, mit dem Begriff der Verfassungswidrigkeit zu operieren, wird in diesem Vorgehen nichts anderes sehen können als massiv verfassungswidrige Praktiken — selbst wenn sie als „freiwillige“ Opfergänge im Interesse der Parteiräson deklariert werden sollten.

Kein Wunder, daß Frau Lenhart ihren Verzicht nur sehr gewunden begründen kann. Denn in Karlsruhe hätte es noch

Anschrift:

eine Chance gegeben, daß das Bundesverfassungsgericht sein Parteienverbotsmonopol (einschließlich aller davon abhängigen Rechtsfolgen) höher bewertet als andere Instanzen, zum Beispiel das Bundesverwaltungsgericht in Berlin.

Ob die DKP sich durch einen solchen erzwungenen Verzicht auf das letzte Stück des Rechtsweges den Rücken freihalten will für eine ungetrübte Polemik gegen den „Radikalen-Beschluß“ oder ob sie das Bundesverfassungsgericht aus anderen Gründen scheut, kann dahingestellt bleiben.

Jedenfalls hat eine Partei, die ihre kollektiven Zwecke höher setzt als die individuellen Interessen und Berufschancen ihrer Mitglieder, nichts mehr zu tun mit dem vom Grundgesetz gewollten offenen Prozeß demokratischer Willensbildung — auch dann nicht, wenn sie auf diese Weise die Verfassung vielleicht dadurch schützt, daß sie manche ihrer Mitglieder nicht in den öffentlichen Dienst kommen läßt.

Süddeutsche Zeitung, 15. Mai 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID